



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 7.1 der öffentlichen Sitzung am 21. September 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-80-0001

Alternativantrag zu TOP 7 TO I 21-F-55-0035 „Legalisierung von Cannabis - Wiesbaden zur Modellstadt machen“ der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Volt und Die Linke für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 21. September 2021

Legalisierung von Cannabis

Seit Jahren gibt es immer wieder Diskussionen und Debatten um das Thema der Legalisierung von Cannabis. Die Städte Frankfurt am Main und Offenbach wollen dazu im Rahmen eines Modellprojekts einen Vorstoß wagen, auch Darmstadt will diese Option prüfen lassen. Ein Modellprojekt zur regulierten Abgabe von Cannabis ist möglich, da der § 3 (2) BtMG Ausnahmegenehmigungen „zu wissenschaftlichen oder anderen im öffentlichen Interesse liegenden Zwecken“ vorsieht.

In einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Januar 2000 (AZ2 BvR 2382 - 2389/99) heißt es: „die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist danach auch ein öffentlicher Zweck, der im Einzelfall die Erteilung einer Erlaubnis (...) rechtfertigen kann“. Über den § 3 kann jede Person, aber auch jeder Verein und jede Gemeinde einen Modellversuch zur Abgabe von Cannabis beantragen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

I Der Magistrat wird beauftragt, die Initiative für ein städteübergreifendes Modellprojekt zur regulierten Abgabe von Cannabis in der Rhein-Main-Region zu ergreifen. Dazu sollten Gespräche mit den Städten Frankfurt, Offenbach und Darmstadt sowie der hessischen Landesregierung aufgenommen werden.

In einem solchen Modellprojekt sind unter anderem eine begleitende und kontinuierliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit sowie eine finanzielle Unterstützung durch den Bund und das Land Hessen sicherzustellen.

Dabei sind die Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene zu richten, um auf die Risiken des Cannabiskonsums aufmerksam zu machen.

II Der Magistrat wird gebeten nach den erfolgten Gesprächen dem Ausschuss ein mögliches Konzept vorzulegen und darüber zu berichten.

Beschluss Nr. 0108

Der Antrag wird in folgender Form angenommen:

- I. Der Magistrat wird beauftragt, die Initiative für ein städteübergreifendes Modellprojekt zur regulierten Abgabe von Cannabis in der Rhein-Main-Region zu ergreifen. Dazu sollten Gespräche mit den Städten Frankfurt, Offenbach und Darmstadt sowie der hessischen Landesregierung aufgenommen werden.

In einem solchen Modellprojekt sind neben einer wissenschaftlichen Begleitung, unter anderem eine begleitende und kontinuierliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit sowie eine finanzielle Unterstützung durch den Bund und das Land Hessen sicherzustellen.

Dabei sind die Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene zu richten, um auf die Risiken des Cannabiskonsums aufmerksam zu machen.

- II. Der Magistrat wird gebeten nach den erfolgten Gesprächen dem Ausschuss ein mögliches Konzept vorzulegen und darüber zu berichten.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2021

Rottloff
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2021

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2021

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister